

Kohle ohne Ende

Fossilistische Energiepolitik in Indonesien

Die Autorin arbeitet als Doktorandin am Lehrstuhl für Internationale Politik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und am GIGA German Institute of Global and Area Studies in Hamburg.

Der indonesische Energiesektor basiert zum überwiegenden Teil auf der Nutzung fossiler Energieträger. Dies bringt nicht nur anhaltend hohe Emissionsraten mit sich und stellt damit die Klimaziele der indonesischen Regierung in Frage, sondern führt auch zu einer Reihe von sozio-ökonomischen Problemen. Besonders bedenklich ist dabei die Förderung und Verstromung von Kohle, welche vor allem die Lebensbedingungen in den Abbau- und Kraftwerksgebieten stark beeinträchtigt.

Indonesien ist eines der Länder mit den weltweit größten Treibhausgas-Emissionen. Gleichzeitig gilt der Inselstaat als besonders von Klimawandelauswirkungen betroffen, da der Meeresspiegel kontinuierlich ansteigt und sich bereits in den vergangenen Jahren die Regenmuster verändern und Naturkatastrophen stark zugenommen haben. Daraus ergeben sich eine Reihe von Folgeproblemen, wie beispielsweise gesundheitliche und ökonomische Beeinträchtigungen für die Bevölkerung und eine Reduktion der biologischen Vielfalt.

Selbstverpflichtung

Insbesondere während der von dem ehemaligen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) geführten Regierung (2004–2014) hat sich Indonesien in internationalen Verhandlungen mit relativ weitreichenden Selbstverpflichtungen, was die Reduktion von Treibhausgasemissionen betrifft, hervorgetan. Dies war für die damalige Regierung eine Möglichkeit, sich auf der internationalen Ebene zu profilieren, hat aber auch zu einigen institutionellen Umstrukturie-

rungen geführt, die weitestgehend auf den Waldsektor ausgerichtet waren. Die gegenwärtige Regierung unter Präsident Joko Widodo (seit 2014) hat sich im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen dazu verpflichtet, diese Anstrengungen fortzusetzen. Dies schließt eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 29 Prozent bis zum Jahre 2030 mit ein (bei internationaler Unterstützung um 41 Prozent).

Gleichwohl verzeichnet das Land auch aufgrund des anhaltenden Wirtschaftswachstums von jährlich etwa fünf Prozent weiterhin steigende Treibhausgas-Emissionsraten. Dies ist zu großen Teilen auf die stark anwachsenden Emissionen aus dem Energiesektor zurückzuführen. Es wird angenommen, dass dieser Sektor bis in etwa zehn Jahren mehr als 50 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen des Landes ausmachen wird. Damit ist der Energiesektor ein wesentliches Hindernis für das Erreichen der Klimaziele des Landes. Wie viele andere Staaten weltweit, machen fossile Energieträger nach wie vor einen Großteil der Energieproduktion aus und mit der gegenwärtigen Ausrichtung der indonesischen Energiepolitik wird sich daran auch in absehbarer Zeit sehr wahrscheinlich vorerst nichts ändern. Dies zeigt, dass gerade in diesem Bereich großer Handlungsbedarf besteht. Zwar wird von der Regierung angestrebt, den Anteil erneuerbarer Energien am nationalen Energiemix bis zum Jahre 2025 auf 23 Prozent zu steigern, jedoch wird dieses Ziel mittlerweile auch von Regierungsvertreter*innen infrage gestellt und es gibt kaum Anstrengungen, die Förderung erneuerbarer Energien voranzutreiben.

Mehr Kohle

Das größte Problem im Hinblick auf den Energiesektor stellt die anhaltend hohe Produktion sowie Nutzung von Kohle dar. Innerhalb der letzten zehn Jahre hat die Kohleförderung in Indonesien massiv zugenommen, was nicht zuletzt auch durch administrative Umstrukturierungen, wie die Dezentralisierungsreformen, befördert wurde. Zwar wurde der Selbstbereicherung vieler lokaler Regierungschefs, die lange gängige Praxis im indonesischen Kohle-Business war, mittlerweile durch eine Re-Zentralisierung der Lizenzvergabe ein Riegel vorgeschoben und auch die sinkenden Kohlepreise in den vergangenen Jahren haben dazu geführt, dass einige kleinere Minen geschlossen wurden. Jedoch verbleibt die Kohleförderung nach wie vor auf einem hohen Niveau und Indonesien ist immer noch der zweitgrößte Kohle-Exporteur weltweit.

Kohleminen in Samarinda
© Anna Fünfgeld



Kohle ist allerdings nicht nur ein wesentliches Exportgut, sondern wird auch zunehmend für die Stromproduktion im eigenen Land genutzt. Dieser Trend wurde bereits von der SBY-Regierung eingeleitet und im Rahmen der Energieplanung der derzeitigen Regierung nochmals bestätigt und ausgeweitet. Im Jahr 2015 hat die Regierung beschlossen, in den folgenden vier Jahren die Kapazitäten für 35 zusätzliche Gigawatt Strom zu schaffen, wobei 20 Gigawatt der Gesamtmenge aus Kohleverstromung generiert werden sollen. Dies schließt den Bau von 291 neuen Kohlekraftwerken mit ein. Zwar wird auch von Regierungsseite mittlerweile infrage gestellt, ob dieses Ziel erreicht werden kann, jedoch befinden sich bereits einige Kraftwerke im Bau oder in der Vorbereitungsphase.

Die Regierung verfolgt damit das Ziel, das Wirtschaftswachstum des Landes weiterhin auf dem Niveau von etwa 5 Prozent zu erhalten und laut Aussage auch die momentan noch nicht an ein Stromnetz angeschlossenen Haushalte mit Strom zu versorgen. Diese Ziele werden von zivilgesellschaftlichen Organisationen jedoch angezweifelt. Zum einen wird in Frage gestellt, ob der Strombedarf tatsächlich so hoch ist wie von der Regierung suggeriert. Zum anderen lassen die Planungen für neue Kraftwerke darauf schließen, dass sie größtenteils eben gerade nicht in den Regionen gebaut werden, in denen die größte Stromarmut herrscht, was die östlichen Teile Indonesiens und somit vor allem Papua betrifft.

Strom für alle!

Sowohl die anhaltende Kohleförderung als auch die neuen Kraftwerke finden sich vorwiegend in ländlich geprägten Regionen. Insbesondere die in diesen Gebieten lebenden Menschen, die ihren Lebensunterhalt häufig durch landwirtschaftliche Tätigkeiten, Fischfang oder Fischzucht bestreiten, haben dadurch mit starken Ernte- und Fangeinbußen zu kämpfen, wodurch die Sicherung ihres Lebensunterhalts grundlegend bedroht wird. Dies ist unter anderem auf den Verlust an agrarisch nutzbaren Landflächen, Zugangsbeschränkungen in Küstenbereichen sowie veränderte Erntebedingungen durch Überschwemmungen und Erosionen zurückzuführen. Des Weiteren wird in einigen Gebieten ein Zuwachs von Atemwegserkrankungen und anderen Krankheiten verzeichnet. Die betroffene Bevölkerung, die im Umfeld der Kohleminen oder Kohlekraftwerke lebt, wird im Zuge der Planungen zumeist übergangen. Planungsvorhaben sind oft sehr intransparent und auch erforderliche Umweltverträglichkeitsprüfungen werden häufig nicht adäquat durchgeführt. Dadurch hervorgerufene Proteste der Zivilgesellschaft werden nicht selten kriminalisiert, was teilweise nicht nur die gewaltsame Niederschlagung von Protesten,

sondern auch Festnahmen und Bedrohungen seitens staatlicher und privater Sicherheitskräfte beinhaltet.

Unbestritten ist sicherlich, dass die Stromversorgung von bislang nicht an ein Stromnetz angeschlossenen Haushalten notwendig ist. Allerdings ist es fraglich ob die fossilistisch ausgerichtete Energiepolitik der indonesischen Regierung dieses Problem zu lösen vermag, da ein wesentliches Hindernis auch das Fehlen von Stromnetzen in weiten Teilen des Landes ist. Die Konstruktion neuer Stromnetze jedoch ist nicht in die Planungsvorhaben inbegriffen, da sie der Regierung wirtschaftlich nicht rentabel genug erscheint, um dies voranzutreiben. Weiterhin verschärft die anhaltende Förderung und Verstromung von Kohle die soziale, ökonomische und politische Marginalisierung der in den anliegenden Gebieten lebenden Menschen. Damit stellen die von der Regierung vorangetriebenen Planungen im Energiesektor nicht nur die Klimaziele Indonesiens infrage und verschärfen die ökologischen Probleme im Land, sondern führen auch zu einer Verstärkung sozialer Ungleichheit. Ein gerechteres Energiesystem bedarf einer größeren Transformation, die nicht nur den Ausbau erneuerbarer Energien und eine gerechtere Verteilung von mit der Stromproduktion verbundenen Kosten und Nutzen mit einschließt. Vielmehr muss damit – im besten Fall – auch die Etablierung eines dezentralen Energiesystems einhergehen, das gegenwärtige Eigentums- und Entscheidungsverhältnisse grundlegend hinterfragt. Dies könnte beispielsweise durch kleinere Energiegenossenschaften erzielt werden, welche die Stromversorgung bedarfsorientiert und selbstbestimmt planen können. ■

Literatur

- › Anna Fünfgeld (2017): Claiming Justice Matters in Energy Policy. <https://www.rosalux.de/en/publication/id/38032/claiming-justice-matters-in-energy-policy/>

Kohlekraftwerk in Cirebon
© Anna Fünfgeld

